

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Trittin, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, weiterer Angeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 19/20563 –**

### **Hongkongs weitreichende Autonomie im Rahmen des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ erhalten**

#### **A. Problem**

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion verstößt China mit dem Erlass des sogenannten Gesetzes zum „Schutz der nationalen Sicherheit“ Hongkongs gegen seine Verpflichtungen aus der völkerrechtlich verbindlichen chinesisch-britischen Gemeinsamen Erklärung zu Hongkong von 1984, die die legislative Unabhängigkeit Hongkongs garantiert. Die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Justiz, der Schutz der Menschenrechte und der bürgerlichen Freiheiten in Hongkong wie auch das in der Gemeinsamen Erklärung garantierte Maß an Autonomie gegenüber Peking müssen, so die Antrag stellende Fraktion weiter, vollumfänglich gewährleistet werden.

Sie fordert daher die Bundesregierung u. a. auf: 1. zusammen mit den europäischen Partnern gegenüber der Regierung in Peking darauf zu drängen, die mit der Gemeinsamen Erklärung eingegangenen internationalen Verpflichtungen Chinas einzuhalten und das Hongkonger Basic Law sowie das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ uneingeschränkt zu achten; 2. den Export von Technologien, die bei der Verletzung von Grundrechten zum Einsatz kommen, zu stoppen; 3. die Ausweitung von Aufenthaltsmöglichkeiten für Hongkongerinnen und Hongkonger in der EU zu prüfen, wenn Menschenrechte und Grundfreiheiten in Hongkong weiter eingeschränkt werden; 4. die rechtliche Vereinbarkeit und die Auswirkungen des sog. Sicherheitsgesetzes auf das Rechtshilfeabkommen in Strafsachen und das Auslieferungsabkommen zwischen Deutschland und Hongkong regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls zu suspendieren; 5. Großbritannien bei der Vorbereitung einer Klage wegen Vertragsbruchs der Gemeinsamen Erklärung vor dem Internationalen Gerichtshof zu unterstützen; 6. sich der Initiative Großbritanniens, Australiens und Neuseelands für die Einsetzung eines oder einer VN-Sondergesandten für Hongkong anzuschließen; 7. sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong dafür einzusetzen, die freie und faire Wahl des Legislativrats im September 2020 sicherzustellen.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD  
AfD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Keine.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/20563 abzulehnen.

Berlin, den 24. März 2021

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Dr. Norbert Röttgen**  
Vorsitzender

**Manfred Grund**  
Berichterstatter

**Dr. Nils Schmid**  
Berichterstatter

**Petr Bystron**  
Berichterstatter

**Frank Müller-Rosentritt**  
Berichterstatter

**Sevim Dağdelen**  
Berichterstatterin

**Omid Nouripour**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Manfred Grund, Dr. Nils Schmid, Petr Bystron, Frank Müller-Rosentritt, Sevim Dağdelen und Omid Nouripour**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/20563** in seiner 170. Sitzung am 2. Juli 2020 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion verstößt China mit dem Erlass des sogenannten Gesetzes zum „Schutz der nationalen Sicherheit“ Hongkongs gegen seine Verpflichtungen aus der völkerrechtlich verbindlichen chinesisch-britischen Gemeinsamen Erklärung zu Hongkong von 1984, die die legislative Unabhängigkeit Hongkongs garantiert. Die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Justiz, der Schutz der Menschenrechte und der bürgerlichen Freiheiten in Hongkong wie auch das in der Gemeinsamen Erklärung garantierte Maß an Autonomie gegenüber Peking müssen, so die Antrag stellende Fraktion weiter, vollumfänglich gewährleistet werden.

Sie fordert daher die Bundesregierung u. a. auf: 1. zusammen mit den europäischen Partnern gegenüber der Regierung in Peking darauf zu drängen, die mit der Gemeinsamen Erklärung eingegangenen internationalen Verpflichtungen Chinas einzuhalten und das Hongkonger Basic Law sowie das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ uneingeschränkt zu achten; 2. den Export von Technologien, die bei der Verletzung von Grundrechten zum Einsatz kommen, zu stoppen; 3. die Ausweitung von Aufenthaltsmöglichkeiten für Hongkongerinnen und Hongkonger in der EU zu prüfen, wenn Menschenrechte und Grundfreiheiten in Hongkong weiter eingeschränkt werden; 4. die rechtliche Vereinbarkeit und die Auswirkungen des sog. Sicherheitsgesetzes auf das Rechtshilfeabkommen in Strafsachen und das Auslieferungsabkommen zwischen Deutschland und Hongkong regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls zu suspendieren; 5. Großbritannien bei der Vorbereitung einer Klage wegen Vertragsbruchs der Gemeinsamen Erklärung vor dem Internationalen Gerichtshof zu unterstützen; 6. sich der Initiative Großbritanniens, Australiens und Neuseelands für die Einsetzung eines oder einer VN-Sondergesandten für Hongkong anzuschließen; 7. sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong dafür einzusetzen, die freie und faire Wahl des Legislativrats im September 2020 sicherzustellen.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat die Vorlage 19/20563 in seiner 135. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat die Vorlage 19/20563 in seiner 111. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage 19/20563 in seiner 76. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. in Abwesenheit der Fraktion der AfD die Ablehnung.

**IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/20563 in seiner 77. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 24. März 2021

**Manfred Grund**  
Berichtersteller

**Dr. Nils Schmid**  
Berichtersteller

**Petr Bystron**  
Berichtersteller

**Frank Müller-Rosentritt**  
Berichtersteller

**Sevim Dağdelen**  
Berichterstellerin

**Omid Nouripour**  
Berichtersteller





